

und hielt längere Ansprachen. Seine erste Anfrage stellte er „im Namen des Liechtensteinischen Arbeiterverbandes sowie im Interesse der gesamten liechtensteinischen Arbeiterschaft und Kleinverdiener“. ¹⁷⁴ Hintergrund war ein Schreiben des Verbandes, welche an die Regierung ausgehändigt und nicht weiter berücksichtigt worden war. Das Anliegen stellte auf ein steuerfreies Existenzminimum mit einer Bürgersteuer, vermehrte Abzüge, Steuerbefreiung für Lehrlinge und die Trennung der Einkommen von Ehepartnern ab. Er verwies ebenso auf die Wahlkämpfe der Parteien am Anfang des Jahres. Man habe: „den Wahlschlager ‚Steuererleichterung‘ weidlich ausgenützt.“ ¹⁷⁵

Der Regierungschef verwies auf die Studienkommission für die Neuregelung des Steuergesetzes und deren intensive Arbeit. Es herrsche in der Kommission die Ansicht, man solle eine allgemeine Einkommenssteuer einführen. Dazu fehlten viele Berechnung und der Landtag sei über den derzeitigen Stand der Arbeit der Kommission nicht orientiert um schnelle Änderungen einzuleiten. Dazu verwies Regierungschef Alexander Frick auf die Referendumspolitik: „Es ist wohl etwas vom Schwersten, ein Steuergesetz beim Volk durchzubringen. Wenn nun auf Kosten des Staates die sozialen Mängel des heutigen Steuergesetzes durch ein Uebergangsgesetz behoben werden, so wäre nachher an einer Aenderung des Zustandes kaum jemand mehr interessiert.“ ¹⁷⁶ Frick meinte abschliessend, man solle dieses Jahr wieder Steuerrabatte für Kleinverdiener ausgeben. Beck war mit der Antwort zufrieden, zeigte sich verständig und meinte, man habe vor allem Steuererleichterungen für Kleinverdiener in diesem Jahr zu schaffen gewünscht.

Im Dezember des Jahres kam Johann Beck auf die Problematik zurück. Er verwies auf die Budgetdebatte für 1959, wo der Regierungschef meinte, die Studienkommission für das neue Steuergesetz habe eine Unterkommission gebildet, um einem neuen Vorschlag nachzugehen, wodurch sich die Steuerreform verzögere. Beck sagte dazu:

„Ich möchte deshalb noch darauf hinweisen, dass die Erbitterung darob in der Arbeiterschaft immer grössere Formen annimmt. Es liegt mir ferne, der Regierung oder der Studienkommission einen Vorwurf zu machen aber es sollten doch Mittel und Wege gefunden werden diese Vorarbeiten zu beschleunigen. Es handelt sich

¹⁷⁴ Ltp vom 13.5.58, S. 22.

¹⁷⁵ Ltp vom 13.5.58, S. 22.

¹⁷⁶ Ltp vom 13.5.58, S. 24.